Schattenreich Slowenien

Die Kommunisten ziehen immer noch die Fäden in dem kleinen Land



Im Zentrum einer politischen Intrige: *der ehemalige slowenische Ministerpräsident Janez Janša, hier im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel* Foto AP

VON KARL-PETER SCHWARZ

Laibach. Die Geschichte liegt nun schon Jahre zurück, doch sie geht weiter. Im Juni 2007 erhob Anton Rop, von 2002 bis 2004 Ministerpräsident einer slowenischen Linksregierung, gegen seinen konservativen Nachfolger Janez Janša einen ungeheuerlichen Vorwurf. Janša, sagte Rop, habe vor den Parlamentswahlen 2004 gemeinsam mit dem damaligen kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader im Golf von Piran Grenzzwischenfälle geplant, um die Wahlen zugunsten der Konservativen zu beeinflussen. Dies habe die telefonische Überwachung der beiden Politiker durch den slowenischen Geheimdienst Sova ergeben. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss konnte keinerlei Beweise für diese Beschuldigung finden. Janša verklagte Rop wegen Verleumdung. Die Affäre beherrschte monatelang die Medien.

Ein knappes Jahr später, während der slowenischen EU-Präsidentschaft im Juni 2008, platzte die nächste Stinkbombe: Das finnische Fernsehen brachte einen Bericht über Schmiergeldzahlungen des finnischen Rüstungskonzerns Patria. Janšas Name wurde nicht genannt, aber wenn von slowenischen Empfängern die Rede war, erschien ein großes „J“ auf dem Bildschirm. Der damalige Leiter der slowenischen Anti-Korruptionsbehörde, Drago Kos, erging sich in dem Beitrag in dunklen Andeutungen: „Sie werden doch nicht erwarten, dass ich Ihnen Namen nenne, aber das sind Leute, die ganz oben sind.“ Und wieder war das große „J“ zu sehen. Kos, behauptet Janša, habe die Staatsanwälte in Helsinki bewusst in die Irre geführt: „Er hat gelogen. Es gibt ein 20 Seiten starkes Protokoll seiner Gespräche mit den finnischen Ermittlern, und das strotzt nur so vor Lügen.“

Über Finnland kehrte das Gerücht zurück in den slowenischen Wahlkampf. Wieder klagte Janša wegen Verleumdung. Wochenlang wurde über nichts anderes geredet. Die Wähler hätten die Vorwürfe zwar nicht geglaubt, sagt Janša, aber „es gab überhaupt keinen Platz mehr, um über die Arbeit der Regierung zu sprechen, über Programme zu diskutieren und die nächsten Reformschritte zu begründen“. Janšas Konservative wurden knapp von den Sozialdemokraten überrundet und sind seither wieder in der Opposition. Rop, mittlerweile hochbezahlter Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, hat vor wenigen Wochen seine Vorwürfe gegen Janša über angeblich geplante Grenzzwischenfälle zurückgenommen, um ein Urteil abzuwenden. Vielleicht, gab er zu, sei er einfach nur falsch informiert worden. Die Medien berichteten darüber nur kurz. Am Horizont zeichnen sich schon die Parlamentswahlen im Herbst 2012 ab, und jetzt geht es wieder um die Patria-Affäre. Zwei Jahre lang schoben die slowenischen Staatsanwälte den Korruptionsvorwurf gegen den Oppositionsführer vor sich her. Keiner wollte sich die Finger an einer Affäre verbrennen, die zu durchsichtig ist, um nicht sofort als politische Intrige durchschaut zu werden. Nun aber fand sich eine Staatsanwältin: Zufällig ist sie die Frau des Agenten des kommunistischen Geheimdienstes, der Janez Janša am frühen Morgen des 29. Mai 1988 in seiner Wohnung in Laibach (Ljubljana) verhaftet hatte. Janša, damals freier Journalist, hatte in der Zeitschrift „Mladina“ unter anderem über Belgrader Pläne berichtet, die slowenische Bewegung für Pluralismus und Unabhängigkeit gewaltsam zu unterdrücken. Der Prozess vor einem Militärgericht gegen ihn und seine drei Mitangeklagten, über dessen Vorbereitung die slowenische kommunistische Führung im Bilde war, kam einer Abrechnung mit dem antikommunistischen Widerstand gleich. Mitgewirkt an diesem Komplott hat der slowenische Geheimdienst, dessen damaliger Leiter Tomaž Ertl voriges Jahr von Staatspräsident Danilo Türk mit einem hohen Verdienstorden ausgezeichnet wurde. „Es war eine Verschwörung, an der sich die slowenischen Kommunisten beteiligten“, sagt Janša, „dass sie damals nationale Interessen vertreten hätten, ist eine Legende.“

Zwei Monate verbrachte Janša in Einzelhaft, das Militärgericht verurteilte ihn zu eineinhalb Jahren Gefängnis. Nach sechs Monaten kam er frei. Der Prozess hatte eine Massenbewegung für Demokratie und Souveränität hervorgerufen, die das politische Monopol der Kommunisten beendete und Slowenien in die Unabhängigkeit führte. Ein wirklicher Elitenwechsel aber fand in dem kleinen Land nicht statt. Unter den neuen liberalen und sozialdemokratischen Etiketten kehrten die Kommunisten an die Macht zurück. „Sie sind cleverer als die in Deutschland“, meint Janša, „sie kämpfen nicht für eine Utopie, sondern verwenden alle Instrumente, die ihnen die Marktwirtschaft und die modernen Medien bieten, um an der Macht zu bleiben und die Vergangenheit zu beschönigen. Das tun sie weniger aus ideologischen Gründen, sondern wegen ihrer eigenen persönlichen Verstrickungen und der ihrer Familien und ihrer Freunde.“ Sie fürchteten, dass sie doch einmal vor Gericht landen könnten, weil sie sich durch gestohlene Güter und betrügerische Privatisierungen bereicherten. „Und zweitens kommt es ihnen darauf an, dass die Verbrechen nicht geahndet werden, die nach dem Krieg begangen wurden. In Slowenien wurde ein Massengrab nach dem anderen entdeckt, aber kein einziger dieser Fälle landete je vor Gericht.“

Als Janez Janša aus dem Gefängnis kam, erzählte ihm sein Vater, was er jahrzehntelang für sich behalten hatte. Er war als Siebzehnjähriger von der antikommunistischen Landwehr eingezogen worden und desertiert, um den Eltern auf dem Hof helfen zu können. Man brachte ihn deshalb ins KZ Dachau, schickte ihn aber gemeinsam mit anderen Jugendlichen wieder zurück. Ein Pfarrer hatte sich für ihn eingesetzt. Vor den Partisanen flüchtete er gegen Kriegsende über die Berge nach Kärnten, wo ihn die Engländer internierten und mit Tausenden anderen Slowenen den Partisanen auslieferten. Im Hornwald von Gottschee (Kočevje) überlebte er mit nur drei Kameraden eine Massenerschießung. Zwei Tage lag er inmitten der Leichen in einem Graben, bis er sich befreien konnte. Später arbeitete sein Vater am Bau. Die Gegend nördlich von Laibach, wo der 1958 geborene Janez aufwuchs, war bitterarm: Sie galt als „weiße Zone“ und wurde in jeder Hinsicht benachteiligt. In seinem Dorf, erzählt er, habe es keinen gegeben, der ein Auto oder auch nur ein Fernsehgerät besessen hätte.

Einige der Urheber der kommunistischen Verbrechen leben noch, aber die politisch gesteuerte Justiz lässt sie unbehelligt. Das Verfahren gegen Mitja Ribicic, der als Geheimdienstchef mit seiner Unterschrift unter eine Liste nachweislich 243 Gefangene exekutieren ließ, wurde von der Staatsanwaltschaft wegen „nicht ausreichenden Tatverdachtes“ eingestellt. In der Affäre Patria hingegen reicht ein bloßes Gerücht, um den führenden Oppositionspolitiker vor Gericht zu stellen. Seit 1994 ist in Slowenien zudem ein Gesetz in Kraft, das es erlauben würde, Richtern, die Menschenrechte verletzt haben, das Mandat zu entziehen. Angewendet wird es nicht. Gegen den Widerstand der Opposition, der wenigen unabhängigen Medien und der Intellektuellen des Landes setzte die linke Mehrheit im Parlament im November durch, dass Branko Masleša zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs ernannt wurde: Masleša war der letzte Richter im kommunistischen Slowenien gewesen, der ein Todesurteil verhängte. Und er hatte in mindestens einem Fall dafür gesorgt, dass die Todesschüsse slowenischer Grenzsoldaten auf einen osteuropäischen Flüchtling nicht strafrechtlich verfolgt wurden.

Slowenien ist ein kleines Land mit zwei Millionen Einwohnern. Die Leute wissen viel voneinander. Man kennt die, die sich über Nacht aus überzeugten Kommunisten in smarte Unternehmer verwandelt haben, man kennt die Seilschaften, die vom Staatsapparat über die privatisierten Unternehmen bis in die Medien reichen. „Die dunkle Seite des Mondes“ nannte der Schriftsteller Drago Jančar seine aufsehenerregende Ausstellung, in der er in den neunziger Jahren dem offiziellen, schöngefärbten Bild Sloweniens jenes der Menschenrechtsverletzungen und der politischen Verbrechen gegenüberstellte. Mehr als zehn Jahre danach sind die Schatten länger geworden. „Es ist bald alles wieder so, wie es einmal war“, sagt Janez Janša.



IMPRESSUM

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Politik: Volker Zastrow (verantwortlich); Philip Eppelsheim, Dr. Florentine Fritzen, Stefan Tomik, Dr. Richard Wagner; Büro Berlin: Dr. Eckart Lohse (Leitung), Christiane Hoffmann, Oliver Hoischen, Dr. Markus Wehner.

Sport: Jörg Hahn (verantwortlich), Volker Stumpe (zuständig); Michael Ashelm, Michael Eder, Thomas Klemm, Michael Wittershagen; in Berlin: Michael Reinsch.

Feuilleton: Claudius Seidl und Volker Weidermann (verantwortlich); Johanna Adorján, Dr. Eleonore Büning, Peter Körte, Dr. Nils Minkmar, Dr. Peter Richter, Tobias Rüther, Harald Staun (Medien).

Wirtschaft, Geld & Mehr: Dr. Rainer Hank (verantwortlich); Georg Meck und Winand von Petersdorff-Campen (stellv.); Melanie Amann, Hendrik Ankenbrand, Patrick Bernau, Lisa Nienhaus, Dyrk Scherff, Christian Siedenbiedel; in Berlin: Konrad Mrusek.

Gesellschaft: Bertram Eisenhauer (verantwortlich); Anke Schipp, Jörg Thomann.

Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp (verantwortlich).

Wissenschaft: Jörg Albrecht und Dr. Ulf von Rauchhaupt (verantwortlich); Sonja Kastilan, Jürgen Kaube, Dr. Tilman Spreckelsen.

Reise: Barbara Liepert (verantwortlich).

Technik & Motor: Wolfgang Peters (verantwortlich); Boris Schmidt, Dr. Michael Spehr, Walter Wille.

Immobilien: Steffen Uttich (verantwortlich); Birgit Ochs.

Beruf & Chance: Holger Appel (verantwortlich).

Rhein-Main: Helmut Schwan und Jacqueline Vogt (verantwortlich); Michael Hierholzer (Kultur).

Redaktionelle Koordination: Cornelia von Wrangel.

Bildredaktion: Andreas Kuther (verantwortlich), Claus Eckert (stellv.). **Chef vom Dienst:** Peter Beck. **Grafische Gestaltung:** Peter Breul (Art Director), Johannes Janssen (Koordination), Benjamin Boch (stellv.); Juan Antonio Kerle, Susanne Pfeiffer, Boris R. Wilde. **Informationsgrafik:** Thomas Heumann (verantwortlich); Felix Brocker, Sabine Levinger, Andreas Niebel, Christine Sieber, Stefan Walter. **Archiv:** Franz-Josef Gasterich.

Geschäftsführung: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

Verantwortlich für Anzeigen: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste für D-Ausgabe: Nr. 70, gültig vom 1. Januar 2010 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 4 vom 1. Januar 2010 an; für Rhein-Main-Ausgabe: RMM-Preisliste Nr. 14, gültig vom 1. Januar 2010 an, Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH.

Monatsbezugspreis: Abonnement Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 15,90 €, Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 7,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 7,90 €; Abonnement F.A.Z. Deutschland-Ausgabe einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 46,90 €, Abonnement F.A.Z. Rhein-Main-Ausgabe einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 46,90 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Alle Preise bei Zustellung frei Haus jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer.

Frankfurter Allgemeine Zeitung D 56112 und D 3499 C.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-archiv.de/syndikation. Auskunft erhalten Sie unter syndikation@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91 - 29 85. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder unter Telefon (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main.
ISSN 1611-3993 (Ausgabe D)

Anschrift der Redaktion und des Verlags: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

Telefon (0 69) 75 91-0; Anzeigenservice: (0 69) 75 91-33 44. Prospektwerbung:(0 69) 75 91-12 24. Abonnentenservice: 01 80-2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute). Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91- 23 33; Redaktion: (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91-21 80.

Büro Berlin: Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 2 06 18-0.

E-Mail Redaktion: sonntagszeitung@faz.de
E-Mail Vertrieb: www.faz.net/leserportal

Beilagenhinweis:
Einem Teil dieser Ausgabe liegen Prospekte folgender Firmen bei, **D-Ausgabe:** ARD Fernsehlotterie, Hamburg; F.A.Z. Vertriebswerbung.- **R-Ausgabe:** Hoesch & Partner; Bien Ries.